

Berliner Tageblatt

Die unversandt eingelangte Kammerliste
bestätigt die Revision eines Demokraten.

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur: Scheerer Wolff in Berlin,
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Wirkungen der polnischen Finanzkrise.

Neuausgabe von 20 Milliarden polnischer Banknoten.

Die latente Krise des Kabinetts Witos. — Die polnisch-schwedischen Beziehungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Warschau, 9. Juli.

Trotz der außerordentlich schwierigen Finanzlage und der Festsitzung der Polens mußte sich die polnische Regierung entschließen, den Reichstags-Gesetzentwurf, die Neuausgabe von zwanzig Milliarden an Banknoten vorzulegen. Diese Gelegenheit benutzte die Rechtsparlamenten, denen das mittelparteiliche neue Witos-Kabinett ein Dorn im Auge ist, zu einem neuen Anlauf gegen die Regierung. Nachdem in der vorberathenden Finanzkommission der Regierungsvorstellung gegenüber der Opposition von rechts und links nur eine Stimme Mehrheit erzielt habe, berichte wieder die Opposition in Polen, doch wurde in der Beratung des Reichstages dadurch gestiftet, daß die Finanzparlamenten sich der Stimmgabe enthielten. Auf diese Weise erhielt die Regierung die Genehmigung zur Ausgabe von zwanzig Milliarden neuer Banknoten und eine Blankovollmacht für den Finanzminister, den Verkehr mit fremden Wäldern unter seine Kontrolle zu nehmen. Es ergab sich eine knappe Mehrheit von zehn Stimmen. Für den Stand der polnischen Wälder ist die neue Situation, die trotz aller programmatischen Sparmaßnahmen der notwendigen Staatsbedürfnisse erforderlich ist, sicher kein Vorteil, aber man trübt sich damit, daß eine neue Regierungskrise, im wahrscheinlichsten noch bedeutend höherem Grade abträglich gewesen wäre. Hebrigkeit ist auch darin noch nicht aller Tage Abend: Die äußerlich stützende Mehrheit der letzten beiden Sitzungsstage bewies gegen die Rechtsparlamenten im eigenen Angriffs gegen die Witos-Regierung auf Gange, und was diesmal nicht gelang, mag leicht beim zweiten oder dritten Vorstoß zum Ziele führen. Im so fern, als die nächste Zeit unter dem Zeichen bereits angeführter „Euthyllungen“ stehen soll, die die Regierungsparteien, die Korruption von Abgeordneten und vor allem — was hier besonders hervorzuheben — deren furchtbar feindliche Stellung zum Thema haben. Eine Festigung des neuen Witos-Kabinetts scheint jedenfalls durch den parlamentarischen Erfolg in der Frage der Banknotenausgabe noch keineswegs erreicht, und vielleicht haben sogar diejenigen recht, die stattdessen für die Zeit der Krise den Umsturz zur Reichsregierung erwarten, weil in dieser Zeit die äußerlichen Abgeordneten, eben die Hauptstütze der Witos-Regierung, nicht in Warschau sein werden.

In Ausführung seiner neugeborenen Freundschaftspolitik gegenüber der Tschechoslowakei ging der polnische Außenminister Gittmann wie wenigstens sehr aufrichtig behauptet wird, mit dem Plane ein, sich schon in der kommenden Woche mit dem tschechischen Minister Dr. Benesch in polnischen Letztaorte Japano zu treffen. Vielleicht war die Anregung zu dieser ersten Aussprache, die nicht mehr durch die polnischen Wünsche auf das Tschechien zugespinnene Tschechien Gebiet gestiftet wurde, sondern von Prag ausgegangen, wo man nach dem nicht sehr erfreulichen Verlauf der Unterredungen mit den Ungarn vielleicht ein besonders hartes Ansehungsbedürfnis empfindet. Jedenfalls beunruhigt dieser Plan die polnische Öffentlichkeit stark. In einigen Blättern wurde dem neuen Herrn im Außenministerium ein etwas weniger hümmliches Tempo im Erreichen der tschechischen Ziele empfohlen und zwar auch aus den Reihen der Regierungsparteien. Man hat sich in Polen noch keineswegs über den ersten Schmerz hinweggesetzt, der bei der Einnahme als notwendig betonte Verzicht auf eine noch malige Aufrollung der Tschechien Frage bedeutet. Ganz besonders ist das nicht der Fall bei den Finanzparlamenten, deren aus dem Tschechien Gebiet kommende Abgeordnete der Regierung einen scharfen Protest gegen eben diesen Verzicht einbrachten und sich bitter über seine Ansehungsbedürfnis mit den bisherigen tschechischen Gegner austießen. Derartige Stimmungen dürften offenbar durch alle eiliges Vorgehen in der Annäherungspolitik nicht gereizt werden, da der Bestand der Witos-Regierung jeden Tag von der gutwilligen Unterthaltung der Finanzparlamenten abhängen kann. Hinsichtlich, daß eine Begrenzung mit Entente erforderlich würde, und in dieser Hinsicht befindet man sich angelegentlich mit den Annahmen abgeklärten Militärentermin einseitig und der starken Freundschaft zu Ungarn andererseits in einem wenig angenehmen Dilemma, man würde darum lieber in der Phase der jungen Freundschaft mit Tschechien nicht hierüber beizutreten. Das Resultat all der besagten Stimmungen der Reichstagen war ein anfälliges Element, wozu für die nächste Zeit keine Reise Gittmanns projiziert ist.

Gefundung.

Dr. Ludwig Haas (Karlsruhe), Mitglied des Reichstages.

Der Volksparteiler D. Dr. v. Campe hat einen wertvollen Artikel in die „Tägliche Rundschau“ geschrieben. Das deutsche Bürgerturn konnte unendlich viel aus den Ausführungen Campes lernen; vielleicht hängt geradezu die deutsche Zukunft davon ab, ob weite Kreise des Bürgerturns nicht doch noch sich zu Gedankengängen zurückfinden, wie sie Campe darlegt.

Campe lässt zunächst darüber, daß die Reichsregierung und die preussische Regierung keine zuverlässigen Mehrheiten hinter sich haben. Wenn die Anschauungen Campes in seiner Partei herrschend und maßgebend wären, hätten wir eine sichere Mehrheit für eine starke Polizei der Staatsnotwendigkeiten. Ein Zweites vermag Campe. Das deutsche Volk ist noch nicht zur Demokratie erzogen. Deshalb wählt es, wie im allen Demokratien, schwach damit die Regierung und jammert dann auch noch nachträglich über die Schwäche. Das kann anders werden, wenn das Volk und besonders die bürgerlichen Schichten erst einmal den demokratischen Staat richtig begreifen haben.

Aber Campe sieht im demokratischen Staat trotz seiner heutigen Schwäche eine Lebensnotwendigkeit des Reichslandes. „Demokratie wird die Grundlage unseres Staates sein — oder wir werden nicht mehr sein. Und im Rahmen des Parlamentarismus wird sich unser politisches Leben abspielen oder wir werden uns bis zu völliger Ohnmacht zurückziehen. Nur wer sich auf diesen Boden stellt, kann heute aufbauen. Realpolitik fordert das. Ideologen gehören nicht ins politische Leben.“ Das sind gute Worte; wenn die Freunde Campes sie in das Volk tragen und uns, die wir daselbst lagen, nicht mehr als Ideologen betrachten, wäre für die Autorität des Staates viel gewonnen. Nicht wegen darüber, daß viele Volksparteiler in ihrem Unmut mit den Deutschnationalen das Ansehen unseres Staates tagaus und tag ein untergraben.

Und dann sagt Campe: „Staatspolitisches Verantwortlichkeitsgefühl sollte die Parteischablonen endlich zerprengen.“ Einverstanden! Seit dem November 1918 hat die Deutsche demokratische Partei unter Führung der Reichspartei alle parteipolitischen Erwägungen lediglich das staatspolitische Verantwortlichkeitsgefühl entscheidend sein lassen. Das Bürgerturn hat es uns nicht gelohnt und die Deutsche Volkspartei hat es wirklich ausgeübt. Das wird uns nicht hindern, unseren Weg der staatlichen Notwendigkeiten weiterzugehen; aber wie viele gewonnen, wenn die Deutsche Volkspartei die Lehre vom staatspolitischen Verantwortlichkeitsgefühl in ihren Kreisen verbreiten würde. Vielleicht hat die Deutsche Volkspartei in den Monaten, in denen sie der Regierung angehört, gemeist, wie schädlich ihr selbst die Erziehung weiter bürgerlicher Schichten zu einheitlicher Kritik und zur Abkehr von der Erkenntnis der Staatsnotwendigkeiten geworden ist. Es sollte eine Art der Opposition und Agitation gegen die Partei, die eines Tages wieder Regierungspartei sein kann, um ihrer selbst willen abseht. Aber auch hierbei geht es nicht um die Partei, sondern um den Staat. Unser Volk muß begreifen lernen, daß unsere Not nicht von der heutigen Regierung verschuldet ist, daß sie in Kaiser, keine Sozialregierung, und die deutsche Volkspartei nicht verschuldet ist. Auch diese Erziehung ist nötig, wenn die Autorität des Staates sichergestellt werden soll.

Campe will mit Recht, daß alle politischen Anschauungen im Staate zur Geltung kommen sollen. Voraussetzung ist nur, daß sie den Staat, so wie er heute ist, bejahen. Auch für dieses Wort soll man Campe danken. Im den Staat aber erweist er sich ein außerordentliches Verdienst, wenn er den Schichten, die mit seiner Partei sympathisieren, klar macht, daß man um des Volkes willen die Republik bejahen muß und daß man in führenden und verantwortlichen Stellen den nicht ertragen kann, der den Staat sabotiert.

Und zum Schluß drei Sätze Campes, die unendlich viele Volksparteiler immer noch ablehnen: „Eine Politik des Sie bürgerlich, die sozialistisch wäre von Lieber. Sie be deutete Klassenkampf, innere Zersplitterung, vielleicht mehr noch. Wer die ehrliche Mitarbeit der Sozialdemokratie ablehnt, lebt nicht in der neuen Zeit.“

Auch das sind gute Worte, deren Verbreitung gerade in den Kreisen der mehr rechts gerichteten bürgerlichen Schichten notwendig ist. Die bürgerliche Partei, die sich dem inneren Frieden und der Einigkeitstrotz für die Staatsnotwendigkeiten näher bringen könnte. Man darf aber wertvolle Gedanken dann nicht nachträglich aus wirtschaftlichen Erwägungen mit schlechten Vertriebsfortschritten. Zu böse und zu dümm war der Vers:

Von roten Fesseln macht uns frei
Aber die Deutsche Volkspartei.

Das war nicht eine gelegentliche Entgeißelung, wie für jeder Partei vorgeworfen werden kann. Es war die Rücknahme auf eine in bürgerlichen Kreisen weitverbreitete

gierung in Konstantinopel übernehmen, in London niemand etwas dagegen haben würde, nachdem der Sultan sich prinzipiell zum Austritt bereit erklärt habe. Allerdings mußte Kemal Pascha auch den Vertrag von Sevres unterschreiben, welche Bedingung niemals einfließen, da einem Sultan von England Gnade gerade kein Kampf gilt. Die Redo, zwar seien gewisse finanzielle Bedingungen möglich, aber die Anerkennung der freien Durchfahrt durch die Dardanellen müsse zu jeder Zeit bestehen bleiben. Falls Kemal hiermit nicht einverstanden wäre, könne aus dem ganzen Plan nichts werden, und die Entente wäre gezwungen, Konstantinopel bis auf weiteres besetzt zu halten.

Die Affäre Berthelot in der französischen Kammer.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. Juli.

Zur gestrigen Pariser Kammerdebatte über den Raub der Ghinobant und das Telegramm des Generalleutnants Berthelot ist noch nachzutragen, daß Briand einen Strafantrag gegen Anselme wegen Fälschung und gegen das de Paris wegen Verbreitung einer Fälschung eingebracht und erklärt hat, daß er den Fälscher bestrafen werde, auch wenn dieser dem Paris angehören sollte. Briand soll aber noch weit mehr getan haben. Bei einer Begegnung mit dem General Gellena nach Schluß der Sitzung soll er gesagt haben, Philipp Berthelot sei zwar ein ehrenwerter Mann, aber es werde schwer sein, ihn in seinem Amt zu belassen. Briand betritt, dies gelang zu haben. General Gellena habe behauptet, daß an den Worten Briands kein Zweifel sei. Das „de Paris“ erklärt, dem Vorwurf mit Hintergedacht nach dem Geheimnis reproduziert zu haben. Es habe auch für ganz gleichgültig gehalten, ob die Hintergedacht von Berthelot oder von Briand geleitet war, denn dieser, der damals verantwortliche Minister war, hätte von der Angelegenheit wissen müssen. Durch die Erklärung wird die Sachlage aber nicht geändert, sondern im Gegenteil noch käuflicher. Trotz der Erklärung der Beteiligten wird sie sicherlich noch politische Folgen haben.

Das englische Vorgehen gegen die russische Delegation in Konstantinopel.

Der Protest Kraffins und die Rückwirkung auf die englisch-russischen Handelsbeziehungen.

(Privatmeldung.)

London, 9. Juli.

Die Londoner Blätter weisen darauf hin, daß die von den britischen Behörden in Konstantinopel gegen die bolschewistische Handelsdelegation getroffenen Maßnahmen einen wesentlichen Einfluss auf die durch das Raschins-Abkommen getragenen Beziehungen zwischen England und Rußland haben dürften. Kraffins habe nämlich gegen die Verschöpfung der Leiter der Verhandlungen, die sämtlich der russischen Delegation in Konstantinopel angehören, Protest eingelegt. Er begründet dies mit dem Hinweis darauf, daß die Engländer die diplomatische Unverserblichkeit der Kompletretreter anerkannt hätten, und daß britische Offiziere sie also nicht verhaften dürfen. Andererseits wird bemerkt, daß, falls es zuträfe, daß Konstantinopel in gewisser Hinsicht faktisch als britisches Gebiet anerkannt werde, die politische Verantwortung der Russen dort verbleiben würde. Es heißt, daß davon die Rede sei, die Raschins-Abhandlungen, die ohne die für den Handel erfolglos blieben, aus diesem Grunde zu annullieren.

Aus den Londoner Blättern ergibt sich, daß der französische und der italienische Kommissar in Konstantinopel sich vollständig damit einverstanden erklärten, daß General Harrington eine Unterredung mit Kemal Pascha einleite. In ähnlichen Kreisen der britischen Welt, wenn Kemal Pascha die Re-

Waffenruhe im irischen Bürgerkrieg.

De Valera kommt nach London.

London, 8. Juli.

Nach einer amtlichen Reiter-Meldung ist bereit worden, daß die Feindseligkeiten in Irland am Montag eingestellt werden sollen.

London, 9. Juli. (Reuter.)

Der Dubliner Lordmayor verlas gestern eine Erklärung über das Zustandekommen des Waffenstillstandes in Irland der vor dem Stadthaus barrenden großen Menschenmenge. Diese brach in Jubelrufe aus und lang patriotische irische Lieder. Beim Erscheinen de Valeras, der das Stadthaus verließ, erreichte die Begeisterung ihren Gipfel. Er wurde mit tosenden Zurufen begrüßt und hatte die größte Mühe, zu seinem Wagen zu kommen. Beim Erscheinen des Generals Mac Swaid, Oberstkommandierenden in Irland, erkundeten teilweise freudvolle Ausrufe, teilweise aber auch Jähden zu hören. Die Morgenblätter, mit Ausnahme der „Morning Post“, verzeichnen mit Genugthuung den Abschluß der Waffenruhe in Irland und geben der Hoffnung Ausdruck, daß dieses Ergebnis die Einleitung zu einer endgültigen Lösung des irischen Problems sein werde.

De Valera erwiderte Lord George auf dessen Einladung zu einer Konferenz in London, er sei bereit, mit Lord George zusammenzutreffen und mit ihm zu verhandeln. Der von Lord George im Namen der britischen Regierung ausgesprochene Wunsch, den Jahrbücher während den 3 Monaten zwischen den Wäldern der beiden Seiten zu beenden und Beziehungen einer nachbarlichen Harmonie herzustellen sei auch der aufrichtige Wunsch des irischen Volkes.

Eine Ministerkonferenz der Kleinen Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Q. Prag, 9. Juli.

Die „Prager Presse“ meldet, daß der jugoslawische Ministerpräsident Petlich demnächst in Marienthal eintrifft und zu gleicher Zeit der rumänische Minister des Aeußen, Zelu Jonciu, nach Karlsruhe kommt. Höchstwahrscheinlich werde es bei dieser Gelegenheit zu einer Zusammenkunft der beiden Staatsmänner mit dem tschechischen Minister des Aeußen, Dr. Benesch, zustande kommen.